



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen

Aktionsplan gemäss Auftrag des Parteitags vom 3. Dezember 2016. Verabschiedet am 18. August 2017 von der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017.

Vorwort / Ausgangslage

Vorwort von Barbara Gysi, Vize-Präsidentin der SP Schweiz und Vorsitzende der AG Wirtschaftsdemokratie

Der Parteitag von Thun vom Dezember 2016 hat mit einer engagierten Debatte die Bedeutung des Positionspapiers zum Thema Wirtschaftsdemokratie bestärkt. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine zentrale Forderung unserer sozialdemokratischen Politik. Das Positionspapier mit seinen 25 Forderungen ist ein dicht gebündelter Katalog. Nun galt es Massnahmen und Aktionen abzuleiten und zu priorisieren. Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie hat den Aktionsplan in mehreren Schritten erarbeitet. Dabei mussten Prioritäten gesetzt werden, da unsere Ressourcen nicht ausreichen, um sich mit dem nötigen Nachdruck für die gleichzeitige Umsetzung aller Forderungen einzusetzen. Der vorliegende Aktionsplan bündelt nun für den Zeitraum von rund vier Jahren Aktionen und Projekte in den drei Schwerpunkten „Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen“, „Mitbestimmung“ sowie „Service Public und Commons“. Bereits aufgegleist ist eine Tagung zur Mitbestimmung am 8./9. März 2018. Gemeinsam mit den Gewerkschaften sollen da, basierend auf den Praxiserfahrungen aus Nachbarländern, Eckwerke eines schweizerischen Mitbestimmungsmodells diskutiert und konkretisiert werden.

Schon im laufenden Jahr gab es verschiedene Aktivitäten. Im Februar 2017 fand der gut besuchte und breit beachtete Kongress Reclaim Democracy in Basel statt, der vom Denknetz zusammen mit vielen weiteren Organisationen auf die Beine gestellt wurde. Rund 1800 Engagierte jeglichen Alters und mit den unterschiedlichsten Hintergründen debattierten darüber, wie eine zukunftsfähige, eine starke Demokratie auszusehen hat. Die Demokratisierung der Wirtschaft, das wurde deutlich, ist ein ganz wesentliches Element eines solchen Projekts. Erkenntnisse und Inputs des Kongresses fanden Eingang in den Aktionsplan.

Die SP Schweiz entwickelte ein Bildungsmodul zum Thema Wirtschaftsdemokratie. Seit Frühjahr 2017 werden in den Sektionen Veranstaltungen durchgeführt, die auf reges Interesse stossen (seit Sommer ist das Bildungsmodul auch auf Französisch erhältlich). Neben einem historischen Rückblick auf die Geschichte der Wirtschaftsdemokratie geht es dabei vor allem auch um die Aktualität wirtschaftsdemokratischer Forderungen.

Parallel zu den Arbeiten der AG Wirtschaftsdemokratie ist die SP Schweiz auch daran, ein neues, umfassendes Wirtschaftskonzept zu erarbeiten, das 2018 vorliegen soll. Inhaltlich wird die Wirtschaftsdemokratie als Querschnittsthema – und als sozialdemokratischer Politik zugrunde liegende

Perspektive – in die verschiedenen Kapitel einfließen, auf personeller Ebene ist die AG Wirtschaftsdemokratie in der Wirtschaftskonzept-Steuerungsgruppe vertreten.

Dass wir in der Schweiz, in Europa und weltweit eine andere, eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft nötig haben; das ist auch zehn Jahre nach der Finanzkrise von 2007 überdeutlich. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, angemessene Antworten auf den Klimawandel bleiben ebenso aus wie langfristige (von kurzfristigen ganz zu schweigen), solidarische und gerechte Lösungen zum Umgang mit den Millionen von Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden. Aber auch eine Stufe kleiner, wenn es um Arbeitslosigkeit, Burn-outs oder sinnentleerte und prekarierte Arbeit in der Schweiz und andernorts geht, zeigt sich, dass der globale Kapitalismus mehr Probleme schafft, als er zu lösen imstande ist. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist unser Weg, das zu ändern. Und der vorliegende Aktionsplan ist ein kleiner aber wichtiger Beitrag zu diesem transformatorischen Wandlungsprozess.

Übersicht

Schwerpunkt 1: Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen

- Aktion 1: Förderartikel inkl. langfristige Finanzierungsmittel für Soziales Unternehmertum
- Aktion 2: Stärkung des Sozialen Unternehmertums
- Aktion 3: Stärkung des Genossenschaftswesens

Schwerpunkt 2: Mitbestimmung

- Aktion 1: Ausbau der Mitwirkungs- bzw. Mitbestimmungsrechte in der Schweiz
- Aktion 2: Förderung und Ausbau bzw. Umsetzung der bestehenden Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Pensionskassen
- Aktion 3: Förderung der Mitbestimmung in staatsnahen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung mittels einem Ethikrat-Konzept

Schwerpunkt 3: Service public und Commons

- Aktion 1: Förderung von lokalen und regionalen Commons-Initiativen
- Aktion 2: Demokratisierung des medizinischen Wissens und der Care-Institutionen & Förderung von GemeinschaftsGesundheitsCommons
- Aktion 3: Demokratisierung grosser Internetplattformen durch Gesetze und Selbstverpflichtungen & Organisation als Genossenschaften und Digital Commons

Schwerpunkt 1: Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen

Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft ist keine ferne Utopie, sie findet bereits heute statt – z.B. unter dem Begriff des sozialen Unternehmertums oder auch in genossenschaftlich organisierten Unternehmen. Ziel der SP Schweiz ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen solche wirtschaftlichen Aktivitäten vom Sonder- zum Normalfall werden.

Konkrete Veränderungen setzen sowohl bei der langfristigen Unternehmensfinanzierung, bei der Sensibilisierung und aktiven öffentlichen Unterstützung für eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise sowie auch bei rechtlichen Verbesserungen an. Die Aktionen im Schwerpunkt 1 setzen auf a) langfristige Finanzierungsmittel und wirksame Förderkriterien, b) die Stärkung des sozialen Unternehmertums durch einen passenden rechtlichen Rahmen, Bildungsmassnahmen und Vernetzung sowie c) die öffentlichkeitswirksame Propagierung des Genossenschaftswesens und rechtliche Anpassungen zur Steigerung der Attraktivität von Genossenschaftsunternehmen.

Aktion 1 (Zielsetzung)	Förderartikel inkl. langfristige Finanzierungsmittel für Soziales Unternehmertum
Massnahme(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammen mit Akteuren aus dem Bereich der sozialen und solidarischen Ökonomie der Schweiz soll ein gemeinsames Modell eines Förderartikels (Förderkriterien, Finanzierung etc.) entwickelt werden, das auf nationaler und/oder kantonaler Ebene realisiert werden kann. Eine Tagung könnte genutzt werden, um ein solches Modell zu diskutieren und öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren. • Förderartikel (inkl. Fonds) auf parlamentarischem Weg sowie als mögliches Initiativprojekt einer breiten Allianz für „Soziales Unternehmertum“ weiterverfolgen.
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Progressive KMUs aus verschiedenen Branchen • Verbände (z.B. Après-GE) • Zivilgesellschaftliche Initiativen • Kantonalparteien • Kantone
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • Tagung 2019 • Start eines möglichen Initiativprojekts auf nationaler Ebene ab 2020

Aktion 2 (Zielsetzung)	Stärkung des Sozialen Unternehmertums
Massnahme(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Eine wirkräftige Rechtsform des Sozialen Unternehmertums für die Schweiz: Anpassung bestehender Rechtsformen (z.B. Genossenschaft) und/oder Etablierung einer neuen Rechtsform (bspw. Benefit Corporation). • Bildungsmaterial und Dokumentation: Erklärvideos (z.B. „Wie gründet man eine Genossenschaft?“, „Was ist sozial-solidarische Wirtschaft?“), Übersetzung und Bereitstellung von international verfügbaren Inhalten (Studien, Artikel, etc.), periodische Literaturrecherchen. • Schaffung von Wirtschaftskammern/Verbänden der sozial-solidarischen Wirtschaft (SSÖ/ESS) auf kantonaler und/oder nationaler Ebene anregen und unterstützen (inkl. Mitwirkung von SP-Mitgliedern in diesen Organisationen). • Bekanntmachung aktueller Aktivitäten und Projekte: SP-Flyer mit einer Auswahl an Verbänden, Unternehmen etc. • Vermittlung von nationalen und internationalen Kontakten für Gründungsinteressierte. • Unternehmen der „Social Economy“ erhalten kostenlose Werbemöglichkeiten in Service Public-Organisationen (z.B. SBB oder Post), die Werbeflächen anbieten. <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung von Mustervorstössen für kantonale und/oder kommunale Ebene zur Förderung bzw. Institutionalisierung konkreter Projekte (Stichworte: öffentliche Auftragsvergabe, „Gemeinwohl-Ökonomie“).
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • National und international mit den ausgewählten Labels, Initiativen, Unternehmen, Bewegungen, Fachleuten (Praxis und Wissenschaft) • Kantone, Gemeinden • Sektionen/Kantonalparteien
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • Laufend mit 2-jähriger Zwischenbilanzierung

Aktion 3 (Zielsetzung)	Stärkung des Genossenschaftswesens
Massnahme(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung der SP Schweiz an einem jährlich stattfindenden Event im Rahmen des internationalen Genossenschaftstages, jeweils am ersten Samstag im Juli. • Verbesserungen im Genossenschaftsrecht anstreben für Gründungserleichterungen und demokratische Mitwirkung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Anzahl der Gründungsmitglieder von sieben auf vier reduzieren, um Start-Ups die Gründung von Genossenschaften schmackhafter zu machen. ○ Das Bundesrecht muss sicherstellen, dass freie Wahlen für die Delegiertenversammlung abgehalten werden müssen. ○ Bestehende Genossenschaftskonzerne werden in Kampagnen öffentlichkeitswirksam demokratisiert, um sie bevölkerungsnäher, bedürfnis- und gemeinwohlorientierter sowie ökosozialer auszugestalten. ○ GesellschafterInnen und/oder Mitarbeitende von Kapitalgesellschaften können ihr Unternehmen einfacher in eine Genossenschaft umwandeln. ○ Konkursbedrohte Unternehmen sollen einfacher in Genossenschaften umgewandelt werden können.
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Fortschrittliche Genossenschaftsunternehmen der Schweiz • Medien/Öffentlichkeit • Konsumentenschutz • Verein Sorgim • Gewerkschaften • GenosschafterInnen • Wissenschaft • Institut für Unternehmensrecht Luzern (Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute e.V. (AGI))
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • Jährliche Umsetzungsziele, fortlaufend

Schwerpunkt 2: Mitbestimmung

Mitbestimmung ist eine Kernforderung der Wirtschaftsdemokratie. In Sachen betrieblicher Mitwirkung und stärker noch hinsichtlich der Mitbestimmung auf Unternehmensebene hinkt die Schweiz der Entwicklung in anderen Ländern Europas hinterher. Seit der Einführung des bescheidenen Mitwirkungsgesetzes im Jahr 1993 gab es nicht mehr viel Bewegung, weder auf der gesetzlichen Ebene noch in den GAVs. Die Rechte der Personalkommissionen sind beschränkt, ihr Handlungsspielraum klein. Der rechtliche Schutz von PersonalvertreterInnen und Vertrauensleuten ist unterentwickelt, das schwächt die Vertretungen der Lohnabhängigen zusätzlich. Vor allem aber fehlt auch eine Vertretung der Lohnabhängigen an den Unternehmensspitzen, dort wo die folgenreichen strategischen Entscheidungen getroffen werden. Und zwar vollends. Dies im Gegensatz etwa zu Deutschland, wo die Mitbestimmung der Belegschaften im Aufsichtsrat gesetzlich geregelt ist und teilweise bis zur Parität reicht.

Die SP Schweiz verfolgt das Ziel, die betriebliche Mitwirkung und Mitbestimmung auf Unternehmensebene in der Schweiz auszubauen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften passieren. Diese haben nicht nur direkten Zugang zu den Lohnabhängigen und umfassende Kenntnisse der Arbeitsrealitäten, es sind auch die von den Gewerkschaften ausgehandelten Gesamtarbeitsverträge, die heute in der Schweiz die grössten Möglichkeiten für Mitwirkung im Betrieb festschreiben und absichern – selbstredend nebst Statuten u.Ä. einzelner fortschrittlicher Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie. Ein Mitbestimmungsmodell für die Schweiz soll zunächst den Lohnabhängigen zu mehr Einfluss auf „ihre“ Unternehmen verhelfen. Im Sinne einer längerfristigen Vision sollen aber auch Möglichkeiten zum Einbezug weiterer Anspruchsgruppen wie KundInnen, dem Staat (als Repräsentant des Allgemeininteresses) oder Umwelt-AnwältInnen in die Überlegungen einbezogen werden.

Eine besondere Bedeutung kommt wirtschaftsdemokratischen Forderungen auch mit Blick auf Pensionskassen zu. Pensionskassen sind nicht nur gegenüber ihren Versicherten verantwortlich, als institutionelle Anleger mit Milliardenvermögen ist ihnen auch eine grosse gesamtgesellschaftliche Verantwortung zuzuweisen. Die SP setzt sich dafür ein, dass Pensionskassen eine ethische Anlagepolitik verfolgen. Die Personalvertretungen in den paritätisch zusammengesetzten Stiftungsräten haben die Möglichkeit, die Anlagestrategien von Pensionskassen in Richtung mehr sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu prägen. Dazu braucht es aber einerseits eine angemessene „Personalpolitik“ (z.B. nicht primär Kaderleute auf Seite der Angestellten), andererseits eine gute Ausbildung, die über rein „technische“ Fragen (Umwandlungssätze etc.) hinaus geht und das Bewusstsein für breitere gesellschaftliche Bedürfnisse und entsprechende Handlungsmöglichkeiten der Pensionskassen fördert.

In bundesnahen Unternehmen (Stichwort: Service public) und der öffentlichen Verwaltung ergibt sich schliesslich die Möglichkeit, über das Modell eines „Ethikrates“ eine demokratische und zukunftsfähige Governance-Struktur mit Vorbildcharakter auch für die sogenannte „Privatwirtschaft“ zu entwickeln.

Aktion 1 (Zielsetzung)	Ausbau der Mitwirkungs- bzw. Mitbestimmungsrechte in der Schweiz
Massnahme(n)	<p>Transformation des Status quo:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines umfassenden Mitbestimmungsmodells (betriebliche Mitwirkung, Unternehmensmitbestimmung, finanzielle Mitarbeitendenbeteiligung) für die Schweiz. <p>Verbesserungen innerhalb des Status quo:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Optimierungsbedarf innerhalb des Mitwirkungsgesetzes eruieren und in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Forderungen zur Verbesserung der betrieblichen Mitwirkung entwickeln. • Ausbau des Schutzes der Vertrauensleute • Rechtliche Stellung der Schweizer VertreterInnen in Europäischen Betriebsräten verbessern. • Lücken zur Europäischen Gesetzgebung, gerade auch in Bezug auf die Europäische Aktiengesellschaft (SE) und die damit verbundene Unternehmensmitbestimmung, schliessen.
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerkschaften • Wissenschaft
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • Tagung Frühling 2018 • Start politischer Prozess bis 2020

Aktion 2 (Zielsetzung)	Förderung und Ausbau bzw. Umsetzung der bestehenden Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Pensionskassen
Massnahme(n)	<p>Ethische Anlagepolitik bei den Pensionskassen fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Muster-Brief an Pensionskassen und Öffentlichkeitsarbeit mit folgenden Forderungen: <ul style="list-style-type: none"> ○ keine Investitionen in fossile Energieträger ○ keine Investitionen in Unternehmen, welche Menschenrechte oder internationales Recht missachten ○ keine Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten • Kooperation mit Menschenrechtsorganisationen, Klima-Allianz, GSoA • Mustervorstösse für Gemeinde- und Kantonsparlamente, um Pensionskassen in öffentlicher Hand zu einer ethischen Anlagepolitik zu verpflichten <p>Personalvertretungen in den Pensionskassengremien fördern und unterstützen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Workshop(s) zu Mitsprache / Demokratisierung / Wirtschaftsdemokratie, welche für PersonalvertreterInnen in den PK-Gremien gehalten werden (Zielgruppe wären v.a. VertreterInnen der städtischen und kantonalen Kassen und insbesondere auch SP-Mitglieder)
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • PK-Netz • Gewerkschaften
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • Briefaktion 2018 • „Bildungsmodul“ 2018/2019

Aktion 3 (Zielsetzung)	Förderung der Mitbestimmung in staatsnahen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung mittels einem „Ethikrat“-Konzept
Massnahme(n)	<p>Erarbeitung eines Konzeptes zum Thema „Ethikrat“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Folgende Fragen müssen beantwortet werden <ul style="list-style-type: none"> ○ Welche Kompetenzen hat ein Ethikrat? ○ Wie kann ein Ethikrat Einfluss nehmen auf strategische Entschiede? ○ Wie ist ein Ethikrat aufgebaut und wie ist er in bestehende Strukturen einzubinden? ○ Wer kann alles in einen Ethikrat delegiert/gewählt werden (Mitarbeitende, KonsumentInnen, staatliche Vertretungen, NGO's)? ○ Wie werden die VertreterInnen im Ethikrat gewählt? • Durchsetzungsstarke Ethikräte auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene in staatsnahen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung fördern und fordern und damit die Mitbestimmung und die Fokussierung auf solidarische und ökologische Prinzipien stärken (z.B. via Vorstösse auf allen politischen Ebenen).
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • SP • Wissenschaft
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • bis Frühling 2018: Konzeptarbeit Ethikrat • ab Frühling 2018: Förderung Ethikräte

Schwerpunkt 3: Service public und Commons

Der Service Public und Commons, also Gemeingüter, sollen die Teilhabe und Mitbestimmung der Betroffenen, bis hin zur gesamten Bevölkerung, an und in der Wirtschaft ermöglichen. Es ist dieses wirtschaftsdemokratische Grundprinzip, das die SP vertiefen und ausbauen will. Wir engagieren uns deshalb weiterhin mit vollem Einsatz für die Verteidigung des Service public gegen die Privatisierungs- und Liberalisierungspläne der Rechten. Darüber hinaus setzen wir uns aber auch für Verbesserungen und eine weitere Demokratisierung des Service public und eine gezielte Ausweitung dieses zukunftsfähigen Prinzips ein. Über lokale Initiativen sollen zudem Commons aufgebaut, gefördert und miteinander vernetzt werden. Durch geteiltes, gemeinsames Eigentum werden so wirtschaftsdemokratische Strukturen gestärkt.

Gesundheit und der Zugang zu Gesundheitsangeboten sind ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht. Immer mehr wird aber auch der Gesundheitsbereich ins Korsett von Profit- und Verwertungslogik gepresst. Die Kosten des öffentlichen Gesundheitswesens steigen ständig. Ein Hauptgrund dafür sind die profitorientierten Unternehmen die damit Geld verdienen (Medikamente, Geräte, Versicherungen etc.). Ein profitorientiertes Gesundheitssystem – egal ob öffentlich oder privat – macht Profit, wenn Leute krank sind. Zusätzlich fokussiert der Staat auf Effizienz und Sparübungen um die Kosten niedrig zu halten, was wiederum negative Effekte für die Patienten bzw. die Bürgerin* erzeugt. Deshalb ist es nötig, dass wir auf dieses gesellschaftliche Feld unser besonderes Augenmerk richten und Alternativen entwickeln. Die SP setzt sich dafür ein, das Gesundheitssystem als Commons zu organisieren. Somit würden nicht die individuelle Krankheiten, sondern die Gesundheit und die systemischen sozial-ökologischen Ursachen im Zentrum stehen. Gesundheit wird hier nicht als individuelles Phänomen, sondern als inhärenter Bestandteil des „guten Lebens“ einer ganzen Gesellschaft verstanden.

Grosse Internetplattformen wie Google, Facebook oder booking.com übernehmen Aufgaben, die früher zum Kernbereich des Service Public und von Genossenschaften gehörten, z.B. Telefonbücher, Post, Landkarten, Bibliotheken oder Marktplätze. Weil die neuen Internet-Dienstleistungen oft sehr praktisch und vermeintlich gratis sind, wird bislang weitgehend in Kauf genommen, dass es ausserhalb demokratischer Kontrolle zu riesigen Machtballungen bei einigen wenigen Internetkonzernen kommt (die Internetökonomie folgt der „*the winner takes it all*“-Logik und tendiert deshalb zum Monopol). Diese Konzerne üben mit ihrer Marktmacht einen wesentlichen Einfluss auf finanzielle Mittel, Datensammlungen, Wettbewerbsbedingungen, Arbeitsverhältnisse usw. auf der ganzen Welt aus. Die SP verfolgt deshalb das Ziel, Regulierungen im Sinne der Service public- oder Commons-Idee für das Internet zu entwickeln und – wenn immer möglich international koordiniert – durchzusetzen.

Aktion 1 (Zielsetzung)	<p>Förderung von lokalen und regionalen Commons-Initiativen. Konkret fördert die SP Initiativen in folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von kommunalen „Umsonstländern“ • Aufbau von kommunalen „Verleihbibliotheken“ • Aufbau von regionalen „Food Commons“ • Förderung kooperativer Siedlungs- und Quartier-Vereine
Massnahme(n)	<ul style="list-style-type: none"> • Die SP erarbeitet Bildungs- und Schulungsmaterial und fördert das Wissen in den Sektionen • Die SP erarbeitet Mustervorstösse für lokale Parlamente, um die Gründung solcher lokaler Initiativen zu unterstützen • Die SP vernetzt interessierte Verbände und Initiativen miteinander • Die SP organisiert eine entsprechende Tagung
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Konsumentenschutz • Quartiervereine • Pro Senectute • SP-Sektionen
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • bis 2021

Aktion 2 (Zielsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratisierung des medizinischen Wissens und der Care-Institutionen • Förderung von GemeinschaftsGesundheitsCommons
Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Vorstösse lancieren (national, kantonale, kommunal): <ul style="list-style-type: none"> ◦ Schaffung von Gesundheitsräten/Careräten (in Gemeinden und Institutionen, kantonalen Gesundheitskommissionen) ◦ die Abschaffung des Numerus Clausus beim Medizinstudium ◦ Schaffung eines neuen Berufs des „Community Arztes“ (Mischung aus Arzt, Apotheker, Pflege, systemisch-therapeutisches Wissen) ◦ Care Arbeit aufwerten: Gewinne aus Dienstleistung und Produktion abschöpfen und damit Pflege und Betreuung besser finanzieren ◦ Entwicklung eines Open source „Health Commons“ für die Forschung und Entwicklung von bedarfsorientierten und günstigen Medikamenten. • Musterregion und Pilotversuch GemeinschaftsGesundheitsCommons (GGC) initiieren: Ort, wo Pflegepersonal, einzelne „Community Ärzte“ und Freiwillige arbeiten und Themen bearbeiten, Kurse anbieten und Selbsthilfegruppen leiten (z.B. für Menschen mit chronischen Rückenschmerzen, Burnout usw.). • Infoblatt über Gesundheit als Commons, umfassendes Verständnis von Gesundheit • Bildungsmodul
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • SP Sektionen • Denknetz • Gewerkschaften im Gesundheitsbereich • Berufsverbände • Pflegeinstitutionen (inkl. Geburtshäuser) • Plattform «Gutes Alter» • Gesundheitsförderung Schweiz
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Jahre

Aktion 3 (Zielsetzung)	Demokratisierung grosser Internetplattformen durch <ul style="list-style-type: none"> • Gesetze und Selbstverpflichtungen • Organisation als Genossenschaften und Digital Commons
Massnahme(n)	Postulate / Motionen / Petitionen / direkte Aktionen für: <ul style="list-style-type: none"> • qualitativ hochstehenden, unbeschränkten Zugang zu Funktionen mit Grundversorgungscharakter oder Monopol Tendenzen für alle in allen Regionen zu fairen Preisen und Bedingungen • guten Service, auch bei Ablehnung von Datensammlung • Netzneutralität (d.h. diskriminierungsfreie Behandlung des Datenverkehrs) • klare Trennung von Inhalt und Werbung • Regeln gegen FakeNews, FilterBubbles, Zensur, Rassismus, Sexismus, Mobbing usw. • Standard Schnittstellen (Verhindern von Provider Lockin) • Open source-Software in öffentlicher Verwaltung und anderen Institutionen • Forschungsinitiative für Suchmaschinen, Netze, Handelsplattformen etc. als Genossenschaften oder Digital Commons • Stärkung der Innovationskultur (Risiko- und Startkapital, Begleitung von InvestorInnen mit Gründererfahrung durch Venture Capital, Seed Money, Business Angels) • Unterstützung für demokratische, soziale und ökologische Sharing Economy Plattformen • Stärkung einer umfassenden Medien- und Internetkompetenz auf allen Schul- und Bildungsstufen
Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Alternative Medien / JournalistInnen • Bewegung für freies Netz • Open source-Bewegung • Sharing Economy Projekte • Startup-Firmen im Bereich Social Economy • Fachhochschulen, Hochschulen, Nationalfonds • Swisscom und Post (haben als Service Public-Unternehmen einen politischen Auftrag) • Schulen (Stichwort Medien-/Internetkompetenz)
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Jahre